

Die öffentliche Meinung

ELISABETH NOELLE-NEUMANN/GERHARD HERDEGEN

Die Vorgeschichte der zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament

„Europa ist zum Ernstfall der Politik geworden. Das Scheitern des Athener Gipfels erscheint bloß noch als der symbolhafte Ausschnitt längst bekannter europapolitischer Lähmungen. Kein Realist hat einen anderen Verlauf der Konferenz erwarten können. Aber der künstlich dramatisierte Erfolgsdruck vorher hat seinen Teil zum Ausmaß der Enttäuschung nachher beigetragen. Wie lange soll Europa solche atmosphärischen Wechselbäder noch aushalten?“¹

Mit diesem Kommentar zum Scheitern des Athener Europa-Gipfels am 5./6. Dezember 1983 ist das Finale des ‚Europa-Jahrs‘ 1983 zutreffend geschildert. Hatte der Gipfel von Stuttgart unter deutscher Ratspräsidentschaft durch den Kunstgriff der Zusammenfassung der anstehenden großen Gemeinschaftsprobleme zu einem Gesamtpaket und durch die „Feierliche Deklaration“ noch einmal den Eindruck europäischen Fortschritts vermitteln können, Athen enthüllte auf ernüchternde Weise den Zustand des europäischen Integrationswerkes. Unverblümt als der griechische Ministerpräsident Papandreu unmittelbar nach Abschluß der Beratungen konnte man es kaum sagen: „Es ist äußerst beeindruckend, daß bei keiner einzigen Frage ein Ergebnis zustandegebracht werden konnte.“²

Am Vorabend der zweiten Direktwahl ist das Interesse an dieser Wahl deutlich beeinträchtigt. Piet Dankert, der niederländische Präsident des Europäischen Parlaments, sagte es ganz nüchtern: „1979 ist viel zu viel versprochen worden. Das Europäische Parlament wurde mit allem konfrontiert, was die Europäische Gemeinschaft bis dahin nicht lösen konnte.“³ Während mit Blick auf die erste Direktwahl im März 1979 57 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung der Bundesrepublik erklärten, sie würden sicher zur Wahl gehen und weitere 14 Prozent sich ihrer Wahlabsicht „nicht so ganz sicher“ waren, lauteten die analogen Werte im April und Mai 1984 jeweils 45 bzw. 14 Prozent.

Dazu noch einige Indikatoren, die Auskunft über das europäische Meinungsklima vor der zweiten Direktwahl geben. Die Frage „Können Sie sich erinnern, in letzter Zeit in Zeitungen, Zeitschriften, Radio oder Fernsehen irgend etwas über das Europäische Parlament gelesen oder gehört zu haben?“ beantworteten im EG-Durchschnitt rund ein halbes Jahr vor der zweiten Direktwahl etwa

ebenso viele Europäer mit Ja wie vor der ersten Wahl (48 bzw. 50 Prozent). Während aber 1978/79 im Europadurchschnitt 28 Prozent spontan die bevorstehende Wahl erwähnten, taten dies 1983 nur halb soviel, nämlich 14 Prozent⁴. Man muß diesen Rückgang der spontanen Hinweise auf die bevorstehende Europa-Wahl nicht unbedingt als Beleg für ein deutlich verringertes Interesse an dieser Wahl verstehen. 1979 wurde die Bevölkerung lange im voraus publizistisch-propagandistisch auf die erste europäische Direktwahl vorbereitet, während 1984 der Wahlkampf praktisch aus der laufenden Arbeit des Parlaments heraus eingeläutet wurde und insofern eher den Charakter des Selbstverständlichen, Normalen trug.

Nicht wirklich stimmig zu der relativ geringen Wahlabsicht in der Bundesrepublik paßt das bemerkenswert hohe Niveau des Interesses am „Thema Europa“. In einer Ermittlung im Mai 1984 beantworteten die Frage „Einmal ganz allgemein gesprochen: Interessieren Sie sich für das Thema Europa?“ 51 Prozent vorbehaltlos mit Ja. Weitere 43 Prozent meinten „nicht besonders“, und 6 Prozent sagten „gar nicht“. Diese Werte werden eher interpretierbar, wenn man sie mit dem generellen Interesse für Politik vergleicht. Dieses kam bei einer analogen Fragestellung zum selben Zeitpunkt auf die Parallelwerte 52–40–8 Prozent. Auf einige Facetten dieses Vergleichs in verschiedenen Bevölkerungsgruppen sei in der folgenden Tabelle kurz hingewiesen. Trotz des Fortschritts im Gleichberechtigungsprozeß von Mann und Frau, trotz der sich mehr und mehr angleichenden Bildungsvoraussetzungen, das Interesse für Politik erscheint nach wie vor als klare Domäne der männlichen Bevölkerung. Im Interesse für Europa nähern sich die Frauen aber weit mehr dem männlichen Standard, wie aus den Relationen 69 zu 37 Prozent allgemein politisch Interessierter gegenüber 60 zu 44 Prozent an Europa Interessierter hervorgeht. Bemerkenswert auch das weit über der Norm der generellen Politikaufgeschlossenheit liegende Europa-Interesse der Landwirte. Hier dürfte der europäische Agrarmarkt mit seinen direkten Folgen für die Landwirtschaft seine Spuren hinterlassen haben. Ebenso interessant auch der im Vergleich zum generellen Politikinteresse niedrige Europa-Standard der Grünen, die damit deutlich hinter den übrigen Parteilagern zurückbleiben.

Generell gilt: die wirklich politisch interessierten Bundesbürger interessieren sich gleichzeitig zu drei Vierteln auch für das Thema Europa. Von den politisch eher Uninteressierten widmen nur 29 Prozent dem Thema Europa besondere Aufmerksamkeit. Die politisch völlig Unmotivierten bekunden nur noch zu 12 Prozent Interesse an Europa. (Siehe dazu Tabelle 1)

Das Niveau des generell geäußerten Interesses am Thema Europa gibt nach dem aktuellen Stand für den um Europa oder um die politische Bildung in der Bundesrepublik Besorgten keinen Anlaß zur Klage. Aber wenn man ermittelt, was sich an konkreten Informationen hinter diesem eben beschriebenen Zustand verbirgt, wird man nachdenklich. Anfang März 1984 lautete eine Ermittlung in einer Allensbacher Repräsentativ-Umfrage „Erinnern Sie sich noch, wo die letzten

Tabelle 1a:

FRAGEN: „Einmal ganz allgemein gesprochen: Interessieren Sie sich für das Thema Europa?“

„Einmal ganz allgemein gesprochen: Interessieren Sie sich für Politik?“

	Mai 1984					
	Interesse für Europa			Interesse für Politik		
	Ja	Nicht besonders	Gar nicht	Ja	Nicht besonders	Gar nicht
%	%	%	%	%	%	
Bevölkerung insgesamt	51	43	6*	52	40	8*
Männer	60	36	4	69	28	3
Frauen	44	49	7	37	51	12
<i>Berufskreise</i>						
Angelernte Arbeiter	34	57	9	32	52	16
Facharbeiter	48	46	6	48	43	9
Einfache Angestellte, Beamte	54	41	5	53	40	7
Leitende Angestellte, Beamte	64	31	5	72	26	2
Selbständige, Freie Berufe	62	36	2	64	33	3
Landwirte	47	44	9	31	51	18
<i>Parteipräferenz</i>						
CDU/CSU-Wähler	55	41	4	54	41	5
SPD-Wähler	54	42	4	55	40	5
FDP-Wähler	62	26	12	60	35	5
Grüne-Wähler	47	46	7	64	30	6

* jeweils 100 Prozent

Tabelle 1b:

FRAGE: „Einmal ganz allgemein gesprochen: Interessieren Sie sich für das Thema Europa?“

	Mai 1984			
	Bevölkerung insgesamt	Politisch interessiert		
		Ja	Nicht besonders	Gar nicht
	%	%	%	%
Ja	51	75	29	12
Nicht besonders	43	23	66	55
Gar nicht	6	2	5	33
	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 4044. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre.

DIE POLITISCHE INFRASTRUKTUR

beiden europäischen Gipfeltreffen waren, ich meine, in welchen Städten?“ An das damals rund drei Monate zurückliegende Gipfeltreffen von Athen erinnern sich noch 27 Prozent der erwachsenen Bundesbürger. Der deutsche Europa-Gipfel vom Juni 1983 in Stuttgart war noch 13 Prozent ein Merkposten.

Mag mancher noch bereit sein, solche Kenntnisse als reine Wissensfragen abzutun, die letztlich für das europäische Bewußtsein unerheblich seien, das folgende Ergebnis läßt sich mit diesem Hinweis sicher nicht beiseite legen: „Ken-

Tabelle 2a:

FRAGE: „Erinnern Sie sich noch, wo die letzten beiden Gipfeltreffen waren?“

	März 1984		
	Bevölkerung insgesamt	Politisch interessiert	
		Ja	Nicht besonders, gar nicht
%	%	%	
Athen	27	42	14
Stuttgart	13	21	6
Andere (falsche) Antwort	28	36	20
Weiß nicht	51	32	68
	100	100	100

Tabelle 2b:

FRAGE: „Kennen Sie zufällig den Namen eines Politikers, der jetzt Abgeordneter im Europäischen Parlament ist?“

	März 1984		
	Bevölkerung insgesamt	Politisch interessiert	
		Ja	Nicht besonders, gar nicht
%	%	%	
Es kennen mindestens einen Abgeordneten	20	33	8
– von der CDU/CSU: 1 Abgeordneten	7,8	13,3	2,9
2 Abgeordnete	0,6	1,2	×
3 Abgeordnete	×	×	×
– von der SPD: 1 Abgeordneten	9,9	16,6	3,9
2 Abgeordnete	0,6	1,0	0,1
3 Abgeordnete	×	×	×
– von der FDP: 1 Abgeordneten	3,2	5,3	1,3
2 Abgeordnete	×	×	×
3 Abgeordnete	×	×	×
Falsche Antworten	5	8	2
Keine Angaben	75	59	90
	100	100	100

× unter 0,1 Prozent

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 4040. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre.

nen Sie zufällig den Namen eines deutschen Politikers, der jetzt Abgeordneter im Europäischen Parlament in Straßburg ist?“ Angesichts der dabei ermittelten Antwortrelationen muß man mit dem negativen Aspekt beginnen. 75 Prozent der Bundesbürger blieben auf diese Frage die Antwort schuldig, weitere 5 Prozent gaben falsche Antworten. Nur jeder fünfte Bundesbürger konnte mit dem Namen eines deutschen Europa-Parlamentariers aufwarten, wobei SPD-Abgeordnete mit 10,5 Prozent etwas häufiger genannt wurden, als CDU/CSU-Abgeordnete (8,4 Prozent). Selbst unter den politisch Interessierten gab nur jeder dritte eine zutreffende Antwort, von den politisch Uninteressierten gar nur jeder zwölfte. Da Politik in einer Demokratie immer auch Personalisierung bedeutet, wenn sie den Menschen vermittelt werden soll, stellt dieser hohe Grad an Anonymität der demokratischen Verankerung des Europäischen Parlaments ein schlechtes Zeugnis aus. Für die verantwortlichen Politiker erhebt sich indirekt die Forderung, die Europa-Parlamentarier stärker als bisher mit den Wählern in Verbindung zu bringen, um so das Gefühl der Repräsentanz zu fördern. Eine artikuliert regionale Zuständigkeit der Europa-Parlamentarier, die unterhalb der gegenwärtig bestehenden Repräsentanz jeweils für ein ganzes Bundesland gelten müßte, könnte aus der Anonymität heraushelfen. (Siehe dazu Tabelle 2)

Eine sichtbare Verstärkung des repräsentativen Elements wäre auch ein Schritt, dem Europäischen Parlament jene Rolle zuzuteilen, welche ihm die Wähler Europas jetzt schon eingeräumt sehen wollen: eine wichtigere. Daß „angesichts der Probleme, die sich heute in Europa stellen“ das Europäische Parlament viel Macht hat, finden im EG-Durchschnitt laut euro-barometer-Umfrage Oktober 1983 nur 15 Prozent aller EG-Bewohner. Weitere 30 Prozent sprechen von ziemlich viel Macht. Auf der Gegenseite erklären 41 Prozent aller Europäer, das Europäische Parlament habe wenig (26 Prozent) bzw. sehr wenig Macht (15 Prozent). Da sich diese Einschätzungen und Größenordnungen nur schwer einer inhaltlichen Ausdeutung öffnen, ist das normative Element in der Beurteilung des Europäischen Parlaments ein wichtiger Gesichtspunkt: Wie sollte es denn sein? „Würden Sie persönlich es eher begrüßen, wenn das Europäische Parlament eine wichtigere Rolle – oder eine weniger wichtige Rolle – spielen würde als dies zur Zeit der Fall ist?“ Die Antwort hierauf ist eindeutig. 59 Prozent aller Europäer wollen im Herbst 1983 dem parlamentarischen Gremium der Gemeinschaft eine wichtigere Rolle zugewiesen sehen. Nur 10 Prozent plädieren für geringere Kompetenzen. Die Ergebnisse für die Bundesrepublik liegen genau im gesamteuropäischen Durchschnitt⁵.

Die Krise der EG im Zusammenhang mit dem gescheiterten Athener Gipfeltreffen des Europäischen Rates hat in der deutschen Bevölkerung diese Tendenz eher gefördert. Plädierten im Herbst 1983 noch 33 Prozent der Bundesbürger für Entscheidungskompetenzen des Parlaments in bestimmten Bereichen, so stieg der entsprechende Anteil im März 1984, noch vor dem Fehlschlag des Brüsseler Gipfels, auf 40 Prozent. Damit hat die Fraktion derer, die dem Parlament Entscheidungsbefugnisse zugestehen wollen (weitere 10 Prozent plädieren sogar für

Entscheidungsbefugnisse in allen Politikbereichen) ganz eindeutig die Mehrheit gegenüber den Befürwortern einer lediglich beratenden Funktion.

Tabelle 3:

FRAGE: „Wieviel Einfluß sollte das direkt gewählte Europäische Parlament haben? Sollte es die Regierungen der Mitgliedsländer nur beraten können, oder sollte es die Politik der Mitgliedsländer in einigen Bereichen bestimmen können oder in allen Bereichen bestimmen können?“

	März 1979 %	Mai 1982 %	Okt./Nov. 1983 %	März 1984 %
Nur beraten	35	32	35	31
In einigen Bereichen bestimmen	42	37	33	40
In allen Bereichen bestimmen	8	7	11	10
Unentschieden	15	24	21	19
	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 3066, 4008, 4034, 4040. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Die aktuelle EG-Bilanz der Bevölkerung

Noch ehe der Athener Gipfel die Unfähigkeit der EG-Regierungen bewies, in existenziellen Fragen der Gemeinschaft zu einvernehmlichen Regelungen zu kommen, wurde in der Herbst-Umfrage 1983 der EG-Kommission ermittelt: „Hat Ihrer Meinung nach das Einvernehmen zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft (des gemeinsamen Marktes) im Laufe der letzten zwölf Monate alles in allem zugenommen – abgenommen – oder ist es unverändert geblieben?“

Nach den Worten des euro-barometers nimmt sich die langfristige Bilanz der Antworten so aus: „Als die Frage 1977 und 1978 zum erstenmal gestellt wurde, überwogen die positiven Einschätzungen in fast allen Ländern die negativen Einschätzungen. Heute ist es umgekehrt, allerdings hat sich seit den letzten Umfragen wenig geändert.“⁶ In konkreten Zahlen heißt das: Im Oktober 1983 sprachen 11 Prozent der EG-Bewohner von gestiegenem Einvernehmen, 25 Prozent konstatierten eine Abnahme, während jeder zweite Europäer die Lage unverändert sah.

Nun setzt diese Frage aus dem euro-barometer einen ganz spezifischen Aspekt, indem sie auf das „Einvernehmen zwischen den Staaten“ und zeitlich auf die letzten zwölf Monate abstellt. Spannt man den Bogen etwas weiter, wie es in einer seit 1974 von Allensbach gestellten Frage geschieht – „Finden Sie, daß sich die Länder der Europäischen Gemeinschaft in den letzten Jahren näher- oder nicht nähergekommen sind?“ –, dann läßt die aktuelle Einschätzung in der Bundesrepublik auch nach Athen gegenüber der Ausgangslage 1974 praktisch keine Verschlechterung erkennen. Sicher, es gab wie im Oktober 1975 bessere, deutlich bessere Zeiten. Aber Pendelschläge dieser Art sind unausweichlich. Die aktuelle Bilanz im Auf und Ab der europäischen Entwicklung könnte man als ein „wie gehabt“ bezeichnen.

Tabelle 4:

FRAGE: „Finden Sie, daß sich die Länder der Europäischen Gemeinschaft näher- oder nicht nähergekommen sind?“

	März 1974 %	Oktober 1975 %	August 1977 %	März 1984 %
Sind sich nähergekommen	43	53	43	44
Nicht nähergekommen	37	29	33	39
Unentschieden	20	18	24	17
	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 3003, 3020, 3046, 4040. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Diese Interpretation wird gestützt durch das in allen Ländern der Gemeinschaft erhobene Urteil, ob die eigene nationale Mitgliedschaft in der EG gut oder schlecht zu bewerten sei. Über den gesamten Zeitraum seit mit dieser Frage das Urteil über die EG-Mitgliedschaft erhoben wird, seit Herbst 1973 also, überwiegt im europäischen Rahmen mit absoluter Mehrheit das positive Urteil. Nur eine Minderheit zwischen 11 und 17 Prozent kommt zu einem negativen Saldo: „schlechte Sache“. Noch gemeinschaftsfreundlicher nimmt sich die Bilanz in der Bundesrepublik aus. Die Erhebung im April 1983, zu der Zeit also, als die Bundesrepublik die EG-Präsidentschaft innehatte, weist mit 61 Prozent positiven Antworten ein Ergebnis aus, das nahe am bisherigen Optimum zu Beginn der siebziger Jahre liegt. Mit 57 Prozent „gute Sache“ zu 9 Prozent „schlechte Sache“ lautet auch die Herbst-Bilanz 1983 ausgesprochen freundlich.

Bei aller Bedrückung, welche die Fehlschläge auf dem Weg zum Vereinten Europa und der mühsame Prozeß der Harmonisierung und Integration oft auslösen mögen, es ist sinnvoll, sich ab und zu diese dauerhafte Grundstimmung vor Augen zu führen, durch welche die EG-Mitgliedschaft von der Bevölkerung gestützt wird. (Siehe dazu Tabelle 5 auf Seite 312)

Es wird viel darüber geschrieben, daß sich die EG durch ihre bürokratischen Mechanismen, durch die Abstraktheit und Praxisferne vieler Beschlüsse dem Zugang der Bevölkerung verschließt. Woran denken die Menschen eigentlich, wenn sie von der Europäischen Gemeinschaft hören, welche Assoziationen werden in ihnen wach?

Eine entsprechende Frage wurde in der Bundesrepublik 1979 erstmals gestellt. Die Wiederholung im Frühjahr 1984 scheint auf den ersten Blick jenem Zyniker recht zu geben, der empfahl, in die EG-Flagge statt der Sterne oder zusätzlich zu ihnen einen (Butter-)Berg aufzunehmen. Denn in der Tat ist der ‚Butterberg‘ die am häufigsten geäußerte Assoziation beim Stichwort EG. Aber Zynismus erscheint nicht angebracht, wenn man die Gesamtheit der EG-Assoziationen betrachtet. Neben der Kritik am Agrarbereich, der Bürokratie und der in der EG herrschenden Arbeitslosigkeit (alle drei mit steigender Ten-

DIE POLITISCHE INFRASTRUKTUR

Tabelle 5:

FRAGE: „Ist die Mitgliedschaft Ihres Landes in der Europäischen Gemeinschaft Ihrer Meinung nach eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder gut noch schlecht?“

	Sept. 1973	1974-1980 (14 Umfragen)	April 1981	Okt. 1981	April 1982	Okt. 1982	April 1983	Okt. 1983
	%	%	%	%	%	%	%	%
<i>Europäische Gemeinschaft</i>								
Gute Sache	56	57	50	53	52	51	53	55
Weder gut noch schlecht	20	22	25	26	26	27	25	24
Schlechte Sache	11	13	17	14	14	15	13	13
Keine Antwort	13	8	8	7	8	7	9	8
	100	100	100	100	100	100	100	100
<i>Bundesrepublik Deutschland</i>								
Gute Sache	63	60	49	58	54	51	61	57
Weder gut noch schlecht	22	24	28	26	31	34	26	24
Schlechte Sache	4	6	9	6	8	9	5	9
Keine Antwort	11	10	14	10	7	6	8	10
	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: euro-barometer Nr. 18/Dez. 1982, Tabelle 25 und Nr. 20/Dez. 1983, S. 54f.

denz gegenüber 1979) lassen sich ebenbürtig oder sogar mit mehr Gewicht die positiven Dimensionen der EG-Wirklichkeit wiederfinden: Zukunft, Frieden, Freundschaft, Freiheit usw. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache, daß das in diesen Assoziationen sichtbare EG-Image in der jungen Generation der Bundesrepublik nicht schlechter ist als in den übrigen Altersgruppen. (Siehe dazu Tabelle 6)

Eine insgesamt positive Bilanz der jeweiligen nationalen EG-Mitgliedschaft, Assoziationen bei dem Gedanken an die Europäische Gemeinschaft, die trotz einiger dunkler Stellen ein eher helles, freundliches Bild abgeben: Müßte es da nicht Ansatzpunkte für ein positives europäisches Nationalgefühl geben, wenn eine solche, nicht ohne ernste Hintergedanken gebrauchte Paradoxie erlaubt ist? Für die Situation in der Bundesrepublik liefert eine Allensbach-Umfrage aktuelle Anhaltspunkte. Es gibt dieses europäische Bewußtsein, diesen Stolz, Europäer zu sein und zwar in gar nicht geringem Ausmaß. Zwei Drittel der Bundesbürger beantworten die Frage „Sind Sie stolz darauf, ein Europäer zu sein?“ positiv; nur 15 Prozent reagieren darauf mit einem Nein. Interpretationshilfe, wie diese Größenordnung zu bewerten ist, leistet die parallel erhobene Frage, ob man stolz ist, Deutscher zu sein. Sie wird von 73 Prozent bejaht, von 13 Prozent explizit verneint. Tabelle 7 gibt zusätzlich zu erkennen, daß der Nationalstolz im eigentlichen, engeren Sinn gegenüber dem europäischen Bewußtsein mit größerer Intensität vorgetragen wird. „Unbedingt stolz“ sagen mit

Tabelle 6:

FRAGE: „Man kann ja an verschiedenes denken, wenn man von der EG hört, der ‚Europäischen Gemeinschaft‘. Ich möchte Ihnen mal einiges vorlesen, und Sie sagen mir bitte jedesmal, ob man bei ‚Europäischer Gemeinschaft‘ daran denken könnte?“

	März 1979		März 1984			
		Bevölkerung	Altersgruppen			60 Jahre und älter
	%	insgesamt	16–29 Jahre	30–44 Jahre	45–59 Jahre	
		%	%	%	%	%
„Könnte man zum Beispiel an – Butterberg denken?“	66	89	87	90	88	89
„Zukunft“	83	78	78	78	81	76
„Frieden“	79	78	73	77	81	81
„Freundschaft“	74	78	77	75	79	81
„Bürokratie“	68	76	75	81	77	71
„Freiheit“	66	68	63	68	71	69
„Arbeitslosigkeit“	52	67	68	72	66	63
„Sicherheit“	73	65	59	66	69	67
„Fortschritt“	77	63	63	64	67	60
„Wohlstand“	49	55	51	57	60	52
„Macht“	56	48	50	49	51	45
„Sozialismus“	33	24	22	23	25	24

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 3066, 4040. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Blick auf Deutschland 34, mit Blick auf Europa nur 21 Prozent. Dafür ist die Kategorie des „überwiegend stolz“ mit Blick auf Europa stärker besetzt.

Das vom Nationalstolz im engeren Sinne bekannte Gefälle von Alt nach Jung begegnet dem Betrachter auch bei der Analyse des europäischen Selbstbewußtseins, allerdings in deutlich abgeschwächter Form. Auch parteipolitisch treten die Akzente tendenziell in der gleichen Form auf: relativ höchstes Nationalbewußtsein bei Unions-Wählern, extrem niedriges bei den Anhängern der Grünen. Wer auf sein Deutschsein etwas hält, ist gleichzeitig eher bereit, auch sein Europäersein mit Selbstbewußtsein zu konstatieren. Gut vier Fünftel derer, die stolz sind, Deutsche zu sein, dokumentieren diese Aussage auch im Blick auf Europa. Bei denen, die „eher nicht“ oder „gar nicht“ deutsches Nationalbewußtsein zeigen, ist auch das europäische nur spärlich entwickelt. (Siehe dazu Tabelle 7 auf Seite 314)

Zu allen diesen Darstellungen über das Nationalbewußtsein muß man noch anmerken, daß die Bewohner der Bundesrepublik im internationalen Maßstab ein deutlich unterentwickeltes Nationalgefühl zeigen. Seit Jahren wird dieser Befund durch alle interkulturellen Vergleichsuntersuchungen bestätigt. Der letzte Nachweis dieser Art ist in der euro-barometer-Umfrage des Frühjahrs 1983 erbracht. Von allen zehn EG-Ländern nimmt dabei die Bundesrepublik den letzten Platz in der Rangfolge nationalen Selbstbewußtseins ein⁷.

DIE POLITISCHE INFRASTRUKTUR

Tabelle 7a:

FRAGEN: „Sind Sie stolz darauf, ein Deutscher zu sein? Würden Sie sagen –“
 „Sind Sie stolz darauf, ein Europäer zu sein? Würden Sie sagen –“

	März 1984							
	Stolz, Deutscher zu sein				Stolz, Europäer zu sein			
	„unbe- dingt“	„über- wiegend“	„eher nicht“	„gar nicht“	„unbe- dingt“	„über- wiegend“	„eher nicht“	„gar nicht“
	%	%	%	%	%	%	%	%
Bevölkerung insgesamt	34	39	8	5*	21	46	8	7*
Männer	37	40	8	4	22	47	8	6
Frauen	33	36	9	6	21	45	7	7
<i>Altersgruppen</i>								
16–29 Jahre	20	36	13	10	15	48	11	7
30–44 Jahre	27	45	9	4	19	47	6	8
45–59 Jahre	38	45	6	4	27	45	6	5
60 Jahre und älter	53	29	5	2	26	45	7	6
<i>Politisches Interesse</i>								
Interessiert	37	38	9	6	25	46	8	7
Uninteressiert	32	39	8	4	18	46	8	6
<i>Parteipräferenz</i>								
CDU/CSU-Wähler	48	37	4	2	27	49	5	4
SPD-Wähler	28	41	11	5	18	47	10	6
FDP-Wähler	27	53	9	3	23	52	8	7
Grüne-Wähler	8	20	20	34	10	36	11	23

* Differenz zu 100 Prozent: Unentschieden

Tabelle 7b:

	Bevölkerung insgesamt %	März 1984	
		Personen, die auf ihr Deutschsein stolz sind	
		unbedingt, überwiegend %	eher nicht gar nicht %
Stolz, Europäer zu sein			
„unbedingt“	21	29	6
„überwiegend“	46	52	26
„eher nicht“	8	4	20
„gar nicht“	7	2	27
Unentschieden	18	13	21
	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 4040. – Bundesrepublik mit West-Berlin
 Bevölkerung ab 16 Jahre.

Europäische Perspektiven

An dieser Stelle soll einmal kurz über den westeuropäischen Tellerrand hinausgeblickt und das Feld der Realpolitik zugunsten eines Ausflugs in die politische Utopie verlassen werden. Wenn so viel vom Vereinten Europa die Rede und damit immer nur die Gemeinschaft der zehn oder demnächst zwölf EG-Staaten gemeint ist, was hält die Bevölkerung der Bundesrepublik denn eigentlich von dieser Beschränkung? Sollen „nur die Länder Westeuropas zum Vereinten Europa gehören, oder soll ein Vereintes Europa Rußland und die osteuropäischen Länder einschließen?“ Diese weit über die aktuellen politischen Gegebenheiten hinausgehende Frage wird am Vorabend der zweiten europäischen Direktwahl von der Hälfte der Bundesbürger mit dem Wunsch einer Beschränkung auf die Länder Westeuropas beantwortet. Aber immerhin ein Drittel, mit deutlichem Anstieg gegenüber der ersten Ermittlung 1979, plädiert für die großeuropäische Perspektive unter Einschluß Rußlands und der osteuropäischen Länder. Bemerkenswert an diesem Ergebnis ist – neben der in den letzten fünf Jahren zu verfolgenden Tendenz – die Diskrepanz zwischen den Altersgruppen. In der Generation der Unter-30jährigen überwiegt das Plädoyer für die

Tabelle 8:

FRAGE: „Sollen Ihrer Meinung nach nur die Länder Westeuropas zum Vereinigten Europa gehören, oder soll ein vereintes Europa Rußland und die osteuropäischen Staaten einschließen?“

	März 1979	Mai 1984
	Bevölkerung insgesamt	
	%	%
Nur die Länder Westeuropas	56	49
Auch Rußland und Osteuropa	25	33
Unentschieden	19	18
	100	100

	Mai 1984 Altersgruppen				Mai 1984 Wähler von			
	16-19 Jahre %	30-44 Jahre %	45-49 Jahre %	60 Jahre und älter %	CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	Grüne %
Nur die Länder Westeuropas	40	49	50	57	60	45	52	24
Auch Rußland und Osteuropa	42	33	34	24	24	37	28	57
Unentschieden	18	18	16	19	16	18	20	19
	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 3066, 4040. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre.

großeuropäische Lösung (mit 42 gegen 40 Prozent), während die Über-60jährigen ganz klar der Beschränkung auf das Vereinte Europa der westeuropäischen Staaten das Wort reden (57 zu 24 Prozent). Noch schroffer stellen sich die Gegensätze aus parteipolitischer Sicht dar: Die Unionsanhänger sind die engagiertesten Befürworter der westeuropäischen Lösung, die Grünen befürworten mit ebenso deutlicher Akzentuierung die großeuropäische Lösung. (Siehe dazu Tabelle 8 auf Seite 315)

Die eben dokumentierte Frage hat einen weiteren ähnlich überraschenden und bemerkenswerten Nebenaspekt. Auf die Frage, wie wohl die meisten Leute in der Bundesrepublik über diese Alternative Klein- oder Großeuropa denken, ergibt sich ein völlig einseitiges Übergewicht der westeuropäischen Lösung (67 Prozent). Nur 8 Prozent vermuten die Mehrheit auf der Seite der großeuropäischen Lösung. 67 zu 8 Prozent als Perzeption, 49 zu 33 Prozent als Wirklichkeit, das zeigt das Maß an ‚pluralistic ignorance‘, wie im angelsächsischen Sprachgebrauch dieses Mißverhältnis von Perzeption und wirklicher Meinungsverteilung genannt wird; wir können von „sozialoptischer Täuschung“⁸ sprechen. Es zeigt aber auch die Spannung, die zwischen der derzeitigen Realität und der langfristigen Perspektive liegt.

Tabelle 9:

FRAGE: „Einmal abgesehen von Ihrer eigenen Meinung: Was glauben Sie, wie die meisten Leute in der Bundesrepublik darüber denken? Sind die meisten für ein Vereintes Europa mit Rußland und den Osteuropäischen Völkern oder für eine europäische Vereinigung der westlichen Länder allein?“

	Mai 1984								
	Bevölkerung insgesamt	Altersgruppen				Wähler von			
		16-19 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grünen
%	%	%	%	%	%	%	%	%	
Die meisten:									
Mit Rußland und den osteuropäi- schen Völkern	8	9	7	8	6	6	10	11	9
Europäische Ver- einigung der west- lichen Länder allein	67	68	71	66	63	72	67	61	65
Unentschieden	7	7	7	5	8	5	7	6	6
Unmöglich zu sagen	18	16	15	21	23	17	16	22	20
	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 3066, 4040. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Im Beitrag „Die öffentliche Meinung“ für das Jahrbuch 1982 war von dem damals überraschenden Gegensatz zwischen der zu Recht weithin konstatierten Europamüdigkeit und dem gleichzeitig verstärkten Wunsch der deutschen Bevölkerung die Rede, die Entwicklung zum Vereinigten Europa sollte schneller

vor sich gehen⁹. Die Feststellung von damals, im Mai 1982 erhoben, ist durch die weitere Entwicklung bestätigt worden. Das Verlangen nach rascheren Fortschritten auf dem Weg zum Vereinten Europa ist noch weiter angestiegen. Sagten damals 50 Prozent der Bevölkerung, es müsse mit der europäischen Integration rascher vorangehen, so ist im Frühjahr 1984 dieser Anteil auf 62 Prozent gestiegen. Man muß diesen Befund parallel zur gleichzeitig gewonnenen Erkenntnis lesen, wie denn die Bevölkerung für die nächste Zeit das Entwicklungstempo veranschlagt.

Tabelle 10:

FRAGE: „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem Vereinten Europa sein? Schneller oder langsamer oder weiter wie bisher?“

	Herbst 1973 %	Herbst 1975 %	Herbst 1976 %	Herbst 1978 %	Mai 1982 %	Okt./Nov. 1983 %	März 1984 %	Mai 1984 %
Schneller	49	47	41	38	50	57	60	62
Langsamer	4	6	9	7	6	7	4	4
Wie bisher	34	36	37	34	27	21	23	22
Unentschieden	13	11	13	21	17	15	13	12
	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: 1973–1978 euro-barometer-Umfrage der EG in der Bundesrepublik, Bevölkerung ab 15 Jahre; seit 1982 IfD-Umfragen 4008, 4034, 4040, 4044, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Die knapp zwei Drittel der westdeutschen Bevölkerung, die auf eine Beschleunigung des europäischen Integrationsprozesses drängen, machen sich über die Realisierungschancen dieses Wunsches gegenwärtig wenig Illusionen. Nur etwa jeder zwölfte (8 Prozent) geht davon aus, daß der Integrationsprozeß in der nächsten Zeit tatsächlich rascher vorankommen wird. Gut die Hälfte nimmt an, daß sich am gegenwärtigen Tempo nichts ändern wird. Etwa jeder dritte befürchtet sogar wider alles Hoffen eine Verlangsamung des Einigungsprozesses. Da sehen die Befürworter eines gemächlichen oder gar retardierenden Integrationskurses sehr viel mehr Hoffnung, daß ihre Vorstellungen eintreffen werden – nach der Erfahrung der letzten Jahre wohl zu recht. (Siehe dazu Tabelle 11 auf Seite 318)

Oft wird die Frage gestellt, was die deutsche Bevölkerung zu ihrem Drängen auf europäischen Fortschritt veranlaßt. Welche Hoffnungen verbindet sie damit? Welche Motive bilden die Grundlage für die gezeigte Ungeduld? Sind die Erwartungen im weitesten Sinne wirtschaftlicher Natur: daß in Europa noch mehr Prosperität herrscht als gegenwärtig? Daß die Regierungen die Arbeitslosigkeit im internationalen Rahmen besser in den Griff bekommen? Stehen dahinter tiefer wurzelnde Motive europäischen Selbstverständnisses in einer mehr und mehr von globalen Zusammenhängen bestimmten Welt? Ist also Außenpolitik im weitesten Sinne ein Motiv?

DIE POLITISCHE INFRASTRUKTUR

Tabelle 11:

FRAGE: „Was glauben Sie, wie das weitergeht? Wird die Entwicklung zu einem Vereinigten Europa in der nächsten Zeit schneller oder langsamer sein, oder wird sich da nichts ändern?“

	Mai 1984				
	Bevölkerung insgesamt %	Personen, die sagen, das Vereinigte Europa sollte sich entwickeln			
		schneller %	wie bisher %	langsamer %	unentschieden %
Wird schneller sein	6	8	3	6	2
Wird langsamer sein	26	31	16	47	13
Wird sich nichts ändern	54	52	71	38	36
Unmöglich zu sagen	14	9	10	9	49
	100	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 4044. – Bundesrepublik mit West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Tabelle 12:

FRAGE: „Für die Bundesrepublik gibt es ja mehrere Möglichkeiten, wie sie ihre Außenpolitik künftig ausrichten kann. Auf dieser Liste sind diese Möglichkeiten beschrieben. Welche davon würden Sie für die beste halten, worauf sollte die Bundesrepublik besonderes Gewicht legen?“ (Vorlage einer Liste)

	März 1984			
	Bevölkerung insgesamt %	Personen, welche die Entwicklung zum Vereinigten Europa haben wollen		
		– schneller %	– wie bisher bzw. langsamer %	– unent- schieden %
Eine Politik der Neutralität zwischen den Großmächten in Ost und West führen	38	38	40	36
Weiter eng an der Seite der USA stehen	36	37	37	30
Mit den Staaten der Europäischen Gemein- schaft eine eigene Politik treiben	35	45	23	16
Eine neutrale Position unter freundschaft- licher Abstimmung mit der Sowjetunion einnehmen	8	9	7	7
Eng mit der Sowjetunion zusammenarbeiten	2	2	1	1
Unentschieden	9	5	11	27
	128	136	119	117

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 4044. – Bundesrepublik und West-Berlin, Bevölkerung ab 16 Jahre.

Diese Fragen, möglichst noch im internationalen Kontext aller EG-Staaten zu beantworten, müßten eigentlich längst Gegenstand einer umfassenden Untersuchung sein. Denn bislang gibt es nur vereinzelte Ansätze zur Erhellung der Motivstruktur. In einer Umfrage für das Zweite Deutsche Fernsehen ermittelte die Forschungsgruppe Wahlen zu Beginn dieses Jahres, daß die deutsche Bevölkerung bei Problemen wie Umweltschutz, Überproduktion der Landwirtschaft und Entwicklungshilfe mit Mehrheiten von 70 bis 80 Prozent europäische statt nationaler Lösungen haben möchte. Diese Forderung gibt aber nur dann Sinn, wenn sich die Bürger von der Europäisierung eine bessere Problembewältigung erhoffen.

Aus Allensbacher Befunden der jüngsten Zeit läßt sich ein außenpolitisches Motiv für das Drängen auf Integrationsfortschritte herauschälen. Auf eine Frage, in der grundsätzliche Optionen der bundesdeutschen Außenpolitik zur Wahl vorgelegt werden, entscheidet sich die deutsche Bevölkerung gegenwärtig mit etwa gleichen Anteilen für die Positionen der Neutralität zwischen den Großmächten, des engen Bündnisses mit den USA bzw. einer eigenständigen Politik der EG-Staaten. In der Gesamtbevölkerung werden diese Optionen von 38 bzw. 36 und 35 Prozent favorisiert. Unter den Bundesbürgern, die die Entwicklung zum Vereinigten Europa beschleunigt wissen wollen, nimmt dagegen die eigenständige Außenpolitik der EG mit 45 Prozent den ersten Platz ein. Die ‚Bremsler‘ der Integration nennen diese im Vergleich dazu nur halb so häufig. (Siehe dazu Tabelle 12)

Anmerkungen

- 1 Werner Weidenfeld, „Zauberformel für Europa“, in: Allgemeine Zeitung Mainz v. 14. Januar 1984.
- 2 Zitiert nach FAZ v. 7. Dezember 1983.
- 3 Zitiert nach „Stimmen für Europa. Das Europäische Parlament“, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, Januar 1984, S. 29.
- 4 Vgl. Kommission der EG (Hrsg.), euro-barometer Nr. 20, Dezember 1983, S. 64ff.
- 5 Ebenda, S. 69ff.
- 6 Ebenda, S. 52f. und S. 58ff.
- 7 Vgl. euro-barometer Nr. 19, Juni 1983, S. 53ff.
- 8 Wie Gerhard Schmidtchen, vgl. dazu derselbe, Die befragte Nation. Über den Einfluß der Meinungsforschung auf die Politik, Frankfurt/M., 1965.
- 9 Elisabeth Noelle-Neumann u. Gerhard Herdegen, Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1982, Bonn 1983, S. 291ff.

Weiterführende Literatur

- Kommission der EG (Hrsg.), euro-barometer, Brüssel (erscheint halbjährlich).
Kommission der EG (Hrsg.), Frauen in der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel 1984.
Kommission der EG (Hrsg.), Die jungen Europäer, Brüssel 1983.